

Pressemitteilung



Nr. 18/19 vom 14.03.2019

Anzahl der Anschläge: 1.162
Abrufbar unter: www.gdw.de

Grundsteuerreform: Wohnungswirtschaft fordert Einigung auf einfach umsetzbares Modell – ohne Bodenwerte

Berlin – "Bei der Grundsteuerreform ist es fünf vor zwölf. Deutschland braucht dringend ein verfassungskonformes und aufkommensneutrales Modell, das für keine Seite zu ungerechten Kostensteigerungen führt. Die Lösung hierfür wäre ein möglichst einfach umsetzbarer Kompromiss, der die Bodenwerte außen vor lässt", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des heutigen Treffens der Finanzminister zur Grundsteuerreform.

- 10 "Eine Einbeziehung von Bodenrichtwerten und Rufe nach einem Ende der Umlagefähigkeit würden die Steuer für Vermieter zu einer Vermögensteuer machen – das wäre verfassungswidrig", so Gedaschko. Das belegen auch Untersuchungen des Steuerrechts-Experten Prof. Dr. Gregor Kirchhof von der Universität Augsburg. Sollten bei einem Kompromissmodell durchschnittliche Mieten einbezogen werden, fordert die Wohnungswirtschaft für Anbieter von niedrigeren Mieten eine Nachweismöglichkeit. Nur so könne eine gerechte Erhebung der Grundsteuer gewährleistet und bezahlbare Wohnungen erhalten werden.

- 20 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.